**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

**(Wichtige Ereignisse im Monat Juni 2022)**

**EINLEITUNG: Den Monat Juni zeichnet das Bemühen aus, auf EU- und Bundesebene, noch vor der Sommerpause wesentliche Gesetze gesetzgeberisch über die Bühne zu bringen. Diese Gesetze sollen einerseits den Weg ebnen zum Erreichen der Pariser Klimaziele, andererseits werden mit ihnen Vorkehrungen getroffen, den wegen des Ukrainekriegs eingetretenen Gasmangel in Deutschland zu kompensieren.[[1]](#footnote-1)**

1. **Mitte Juni endete in Bonn – mit geringem Erfolg – eine zweiwöchige UN‑Klimakonferenz. Sie sollte der Vorbereitung der nächsten großen UN-Klimakonferenz COP 27 dienen, die im November im ägyptischen Badeort Scharm el-Scheich stattfinden wird. (#66, #72).** Der Hauptstreitpunkt in Bonn waren **klimabedingte Verluste und Schäden**. Die Entwicklungsländer fordern hier einen Fonds, der spezifisch bei Verlusten und Schäden durch die globale Erwärmung hilft. Denn die Klimafinanzierung der Industriestaaten dient bislang nur der Treibhausgas-Reduktion und der Anpassung an den Klimawandel. Sturmschäden sind ebenso wenig abgedeckt wie Ernteausfälle wegen Dürren oder Überschwemmungen. Aus Sicht von Patricia Espinosa, der Chefin des UN‑Klimasekretariats, sollte ein Teil der notwendigen Mittel von den Regierungen der entwickelten Länder kommen. Diese wollen das aber unbedingt verhindern, weil sie befürchten, dass daraus eine Verpflichtung zum Schadenersatz entstehen könnte. Dabei haben die 55 Länder, die gegenüber der Klimaerwärmung am verletzlichsten sind, in den Jahren von 2000 bis 2019 jährlich knapp einen Prozentpunkt an Wirtschaftskraft durch die Klimaerwärmung eingebüßt. Ohne Klimawandel wären sie heute also um ein Fünftel wohlhabender. Dabei haben diese Länder kaum zur Erwärmung beigetragen. In den meisten dieser Länder liegen die Pro‑Kopf-Emissionen an Treibhausgasen deutlich unter dem globalen Durchschnitt. Auf schnelle Hilfe können sie dennoch nicht hoffen, denn in Bonn blieb bis zuletzt unklar, ob der Fonds für Verluste und Schäden überhaupt auf die Agenda in Scharm el-Scheich kommt.

Ein weiteres Thema war das Arbeitsprogramm zur **Anhebung der Klimaziele der Staaten**. Eigentlich wurde letztes Jahr bei der Klimakonferenz in Glasgow vereinbart, dass bis November dieses Jahres alle Länder neue Ziele beim UN‑Klimasekretariat einreichen. Das dürften allerdings nur sehr wenige tun. Diesbezüglich soll in Scharm el-Scheich ein "Arbeitsprogramm" aufgesetzt werden. Doch in Bonn konnten sich die Länder noch nicht mal ansatzweise darauf einigen, was dieses Programm beinhalten soll. Die Verhandlungen in Bonn fasste UN‑Klimachefin Espinosa daher so zusammen: "Ich denke, was wir hier gesehen haben, ist nach wie vor die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern."

1. **Das von Ursula von der Leyen am 4. 7. 2021 vorgestellte große Gesetzesvorhaben[[2]](#footnote-2) „fit for 55“ macht Fortschritte: Das EU-Parlament beschloss – nachdem dies zunächst gescheitert war – einige Bausteine des Klimapakets (#58, #74, #95).** Sie sollen, wie schon ursprünglich geplant, die CO2-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 drücken. Nun verabschiedeten die Abgeordneten am 22.6. in Brüssel drei wichtige dazugehörige EU-Gesetze: zum Emis​sionshandel, zu einem Klima​sozialfonds und zu einem neuen Klimaschutz-Zoll. Die Vorlagen wurden nun mit 439 Stimmen angenommen, 157 Abgeordnete stimmten dagegen.

„Die heutige Entscheidung des Plenums ist gut für das Klima und gut für die Arbeitsplätze“, sagte der CDU-Abgeordnete Peter Liese, der das Klimapaket als zuständiger Parlamentsberichterstatter beim ersten Mal vor die Wand gefahren hatte. Der Grünen-Europaabgeordnete Michael Bloss äußerte sich weniger überschwänglich. „Wir haben gerade nochmal Schlimmeres verhindert und die fossile Allianz im Europaparlament aufgebrochen“, sagte er. Das Beschlossene sei nicht ausreichend für das globale Ziel, die Erderhitzung bei 1,5 Grad zu stoppen. Man habe aber einige Stellschrauben im Klimaschutz angezogen, so der Abgeordnete. Der Kompromiss muss noch mit den 27 EU-Staaten verhandelt werden, die ihn erneut verwässern könnten. Die Beratungen in deren Rat waren für den 28.6. angesetzt. Das wird nicht leicht: „Viele EU-Länder mögen unseren Kompromiss nicht“, warnt Liese.

Das Paket sieht vor, dass die Treibhausgas-Emissionen von 2022 bis 2030 um jährlich 3,33 Prozent reduziert werden. Seit 1990 waren es nur 0,83 Prozent pro Jahr. Der wichtigste Hebel bleibt der Emissionshandel, in dem Betreiber von Industrieanlagen und Kraftwerken pro Tonne CO2 ein Zertifikat kaufen müssen. Er soll nun auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Das EU-Parlament will durchsetzen, dass es dabei ab 2032 keine Ausnahmen mehr für die Industrie geben soll, die bisher teils kostenlose Zertifikate bekommt. Um schneller Verschmutzung zu reduzieren, soll die Gesamtmenge der Zertifikate jährlich stärker verringert werden, als bisher vorgesehen. Gratiszertifikate fallen erst 2027 weg.

Außerdem ist ein Klimaschutz-Zoll geplant. Wer energieintensive Industrierohstoffe wie Stahl, Zement oder Aluminium aus einem Land ohne CO2-Preis in die EU importieren will, soll nun so viel zahlen, wie ein EU-Unternehmen es durch den Europäischen Emissionshandel tun müsste. Diese Abgabe soll allerdings langsamer starten als zunächst geplant. Auch die europäische Industrie kann damit langsamer vorgehen. Sie muss erst ab 2027 überhaupt auf Gratiszertifikate verzichten, bis dann fünf Jahre später ganz Schluss ist.

Die Abgeordneten haben auch an die Bürger gedacht. Für einkommensschwache Haushalte soll es künftig Finanzhilfen aus einem Klimasozialfonds geben. Er soll 2024, und damit ein Jahr früher als geplant, starten. Finanziert wird er aus dem Emissionshandel. Kritik gab es auch: Der Beschluss falle hinter den ursprünglichen Kompromiss des Umweltausschusses zurück, sagte Silvia Modig vom Linksbündnis aus Finnland. „Insgesamt ist das ein zu kleiner Schritt für den jetzt notwendigen Klimaschutz“, meint Anne Gläser von der Umweltorganisation Germanwatch.

1. **Ein wichtiger Bestandteil des erwähnten EU-Klimapakets war eine mühsam herbeigeführte Einigung der EU-Umweltminister am 28.6. Es wurde folgende Verhandlungsposition festgelegt: Es soll verboten werden, nach 2035 im Sraßenverkehr neue (!) Benziner und Diesel[[3]](#footnote-3) zu nutzen (#27, #123, #127).** Die Verhandlungen der Minister drohten zunächst zu scheitern, weil die Bundesrepublik in Person des FDP-Vorsitzenden Lindner und des Verkehrsministers Wissing darauf beharrten, dass sogenannte E-fuels[[4]](#footnote-4) auch nach 2035 in Verbrenner-Fahrzeugen verwendet werden dürfen, was in den Verhandlungen schließlich akzeptiert wurde. Schon Anfang Juni stimmten übrigens auch die Abgeordneten des EU-Parlaments in Straßburg im Sinne dieser Einigung. Viele Umweltorganisationen begrüßten diese Entscheidungen. Sie sei wichtig, weil allein im Straßenverkehr etwa 20 Prozent der EU-CO2-Emissionen entstehen. Die CDU kritisierte die Einigung, ebenso wie der ADAC.

Der Deutschen Umwelthilfe ging die Maßnahme nicht weit genug, sie forderte ein Verbrenner-Aus schon ab 2030. BUND-Geschäftsführerin Antje von Broock bezeichnete Ökosprit-Sorten als "Scheinlösung": "Sie sind ineffizient, nicht automatisch klimaneutral und werden auf absehbare Zeit teuer sowie begrenzt verfügbar bleiben." Martin Kaiser von Greenpeace sprach von einem "Luftschloss", das Verbraucher irreleite und den Klimaschutz zurückwerfe. Beim ökologisch orientierten Verkehrsclub Deutschland (VCD) schimpfte Bundeschefin Kerstin Haarmann gar: "Deutschland hat seine Glaubwürdigkeit als Klimaschutzvorreiter in Europa verloren."

1. **Das Bundeskabinett hat Mitte Juni das Windenergieflächenbedarfsgesetz verabschiedet, das den zukünftigen Windenergie-Ausbau regeln soll.[[5]](#footnote-5) Es wurde von den politischen Parteien und der Klimabewegung sehr kontrovers diskutiert (#23, #36, #37, #48, #60, #60b, #118). Eine finale Fassung des Gesetzes wurde am 7. Juli im Bundestag verabschiedet (#134). Bewertungen und Kommentare zu dieser Fassung liegen noch nicht vor.**
2. **Kohle statt Gas! Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett das sogenannte Ersatzkraftwerke-Bereithaltungsgesetz. Damit wird Kohle de facto zu einer "Brücke" erklärt, die die zurückgehenden russischen Gaslieferungen abfedern und Deutschlands Gasversorgung über den nächsten Winter bringen soll (#89, #91, #92, #97).** Vorgesehen ist Folgendes: Anstelle von künstlich aus dem Markt gedrängten Gaskraftwerken treten dann zum einen die Steinkohlekraftwerke, die eigentlich in diesem und dem nächsten Jahr im Rahmen des Kohleausstiegs per Ausschreibung vom Netz gehen sollten. Dazu kommt die von der Bundesnetzagentur vorgehaltene Netzreserve an Steinkohlekraftwerken, die 3.000 bis 4.000 Megawatt umfassen soll. Diese Kraftwerke können auch relativ kurzfristig einspringen. Weiteres Glied in der Ersatzverstromung sind die Braunkohlekraftwerke, die sich in der sogenannten "gestreckten Stilllegung" befinden. Früher nannte sich der Zustand Sicherheitsbereitschaft. Er verlangte von den Betreibern – und dafür bekamen sie Hunderte Millionen Euro –, ihre Anlagen so in Schuss zu halten, dass diese innerhalb weniger Tage angefahren werden können.

Zusammen mit einigen Ölkraftwerken sollen mit dem Gesetz maximal 10.000 Megawatt fossiler Nicht-Erdgas-Kapazität wieder zum Stromerzeugen bereitstehen. Schon dieses Jahr könnten so laut Berechnungen der Berliner Unternehmensberatung Enervis Energy Advisors 30 Milliarden Kilowattstunden Gas in der Stromerzeugung weniger benötigt werden. Im kommenden Jahr könnten es sogar um die 100 Milliarden Kilowattstunden sein. "Das entspricht etwa 80 Prozent der Gasmenge, die 2021 verstromt wurde, oder knapp **zehn Prozent des gesamten deutschen Gasbedarfs**, erklärte Enervis-Experte Mirko Schlossarczyk. Falls das Gesetz bis in die erste Jahreshälfte 2024 in Kraft bleibt, würden weitere 25 Milliarden Kilowattstunden Gas eingespart. Zehn Prozent Gaseinsparung halten Fachleute für keinen Pappenstiel.

**Der Rückfall zur Kohle ist klimapolitisch allerdings ein Desaster**. Allein im Jahr 2023 könnten sich nach den Enervis-Angaben die CO2-Emissionen in der Stromerzeugung um rund 20 Prozent oder 40 Millionen Tonnen erhöhen. Vergleichsweise ist das so, als würde Deutschland ein Jahr lang zusätzlich vier große Braunkohlekraftwerke wie Schwarze Pumpe zusätzlich betreiben. Trotz der Pläne für einen verstärkten Rückgriff auf Kohlekraft **will die Ampel-Regierung an ihrem Ziel für den Kohleausstieg zum Ende des Jahrzehnts festhalten.** Der Kohleausstieg wackele überhaupt nicht, sagte ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums. Es sei "wichtiger denn je, dass er 2030 über die Bühne geht". Das ändert aber nichts daran, dass Deutschland "zwischendurch" deutlich mehr Klimagase in die Atmosphäre stößt, als im Klimaschutzgesetz vorgesehen sind. Das läuft, laut dem jüngsten Gutachten des Umweltrats, auf einen Beitrag Deutschlands für eine globale Erwärmung von 1,75 Grad hinaus. Die jetzt beschlossene "Kohlebrücke" droht selbst diesen Limit einzureißen. Um die zusätzlichen Emissionen wieder "hereinzuholen", müsste der Kohleausstieg eigentlich vorgezogen werden – rechnerisch um ein Jahr für vier große Kohlekraftwerke.

**-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------**

**LITERATUR**

**#23:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/habeck-windkraft-deutschland-10-h-regel-1.5599455?source=rss#27**](https://www.sueddeutsche.de/politik/habeck-windkraft-deutschland-10-h-regel-1.5599455?source=rss#27)**:**

**#27:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/verbrennungsmotor-eu-parlament-klima-1.5599268?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/verbrennungsmotor-eu-parlament-klima-1.5599268?source=rss)

**#29:** [**https://taz.de/Klimaschutz-auf-EU-Ebene/!5856825/**](https://taz.de/Klimaschutz-auf-EU-Ebene/!5856825/)

**#36:** [**https://taz.de/Umsetzung-der-deutschen-Klimaziele/!5856791/**](https://taz.de/Umsetzung-der-deutschen-Klimaziele/!5856791/)

**#48:** [**https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/windkraft-habeck-klimaschutz-1.5603494**](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/windkraft-habeck-klimaschutz-1.5603494)

**#58:** [**https://taz.de/Kompromiss-im-Europaeischen-Parlament/!5858382/**](https://taz.de/Kompromiss-im-Europaeischen-Parlament/!5858382/)

**#60:** [**https://taz.de/Gesetzespaket-zur-Energiewende/!5858262/**](https://taz.de/Gesetzespaket-zur-Energiewende/!5858262/)

**#60b:** [**https://www.klimareporter.de/strom/habeck-plant-wind-ampel-und-laviert-beim-artenschutz**](https://www.klimareporter.de/strom/habeck-plant-wind-ampel-und-laviert-beim-artenschutz)

**#66:** [**https://www.klimareporter.de/strom/habeck-plant-wind-ampel-und-laviert-beim-artenschutz**](https://www.klimareporter.de/strom/habeck-plant-wind-ampel-und-laviert-beim-artenschutz)

**#72:** [**https://taz.de/Klimaverhandlungen-in-Bonn/!5859423/**](https://taz.de/Klimaverhandlungen-in-Bonn/!5859423/)

**#74:** [**https://taz.de/EU-Parlament-beschliesst-Klimapaket/!5859766/**](https://taz.de/EU-Parlament-beschliesst-Klimapaket/!5859766/)

**#89:** [**https://www.klimareporter.de/strom/kohle-bruecke-reisst-das-klima-budget-ein**](https://www.klimareporter.de/strom/kohle-bruecke-reisst-das-klima-budget-ein)

**#91:** [**https://www.sueddeutsche.de/meinung/energiepolitik-klima-habeck-gas-russland-1.5605308?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/meinung/energiepolitik-klima-habeck-gas-russland-1.5605308?source=rss)

**#92:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/robert-habeck-gas-russland-1.5605134?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/robert-habeck-gas-russland-1.5605134?source=rss)

**#95:** [**https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/eu-parlament-stimmt-fuer-ehrgeizigeren-emissionshandel-a-64070c12-7a94-4a33-bf08-1bc3cb22c342#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/eu-parlament-stimmt-fuer-ehrgeizigeren-emissionshandel-a-64070c12-7a94-4a33-bf08-1bc3cb22c342#ref=rss)

**#97:** [**https://www.klimareporter.de/strom/erdgas-ersatz-ohne-braunkohle**](https://www.klimareporter.de/strom/erdgas-ersatz-ohne-braunkohle)

**#118:** [**https://www.klimareporter.de/strom/habecks-windkraft-gesetz-heizt-naturschutz-konflikt-an**](https://www.klimareporter.de/strom/habecks-windkraft-gesetz-heizt-naturschutz-konflikt-an)

**#123:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-zoff-ums-verbrenner-verbot-nicht-ganz-vom-tisch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220629-99-839799**](https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-zoff-ums-verbrenner-verbot-nicht-ganz-vom-tisch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220629-99-839799)

**#127:** [**https://taz.de/Abstimmung-der-EU-Umweltministerinnen/!5860973/**](https://taz.de/Abstimmung-der-EU-Umweltministerinnen/!5860973/)

**#134:** [**https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/sites/default/files/2022-07/0318-22.pdf**](https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/sites/default/files/2022-07/0318-22.pdf)

1. **Quellen** dafür sind Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Diesbezügliche Literaturhinweise befinden sich am Anfang oder Ende der folgenden Textabschnitte bzw. am Ende dieses Berichts unter der Überschrift „Literatur“. Symbol der Literaturhinweise: # [↑](#footnote-ref-1)
2. Siehe meinen Energiewende-Bericht 21-09, Punkt 2 [↑](#footnote-ref-2)
3. PKWs und leichte Nutzfahrzeuge [↑](#footnote-ref-3)
4. Das sind synthetisch erzeugte, weitgehend klimaneutrale Kraftstoffe oder Biokraftstoffe. [↑](#footnote-ref-4)
5. Wichtige Themen: Abstandsregeln für Windräder, Naturschutzbelange und die Frage, wie viel Fläche in der Bundesrepublik für Windräder freigegeben werden soll. [↑](#footnote-ref-5)